Morgen-Ausgabe.

„Berliner Tageblatt" erscheint wochentägl. zweimal, Sonntags einmal. Man abonniert bei allen Postanstalten des Deutschen Reiches, Oesterreich-Ungarns, der Schweiz, Italiens, Belgiens, Luxemburgs, der Niederlande, Dänemarks, Schwedens, Norwegens, Rußlands u. der Donaustaaten; für alle übrig. Staat. (3 b. Expdg nur p. Kreuzband durch d. Exp. b. Bl. möglich. In Berlin abonniert man bei der Haupt-Exp. SW. 19, Jerusalemerstr. 46/49, sowie bei Filialen: Leipzigerstr. 103; Potsdamerstr. 38; Bayreutherstr. 32; Königstr. 56/57; Prinzenstr. 41; Rathenowerstr. 2; Schiffbauerdamm 1; Gr. Frankfurterstr. 53; Petersburgerstr. 3; Mittenwaldterstr. 6; Gneisenaustr. 26; Kaiserstr. 31; Schulzendorferstr. 27; Schöneberg, Hauptstr. 5; Charlottenburg, Kantstr. 34; Stubenrauchstr. 23/24; Pankow, Berlinerstr. 13 b.

Chef-Redakteur: Theodor Wolff in Berlin.

Abonnements-Preis für das „Berliner Tageblatt" u. „Handels-Zeitung", sowie das Illustr. Blatt „ULK", die Illustr. Montags-Ausg. „Reigentik", die „Technische Rundschau", die illustr. Halbwochen-Chronik „Der Welt-Spiegel" und „Haus und Garten" durch die Post bezog. vierteljährlich 6 M., Rußland 7 Rl. Postaufschlag; für Berlin bei tägl. zweimal. Zustell. monatl. 2 M., vierteljährl. 6 M. Direkt unter Kreuzb. vierteljährl.: für Rußland 18 M., für Inland 14 M. Inserate à Zeile 70 Pf. („General-Anzeiger" 40 Pf.) werd. i. d. Exped. SW. 19, Jerusalemerstr. 46 49, und den Filialen: Leipzigerstr. 103, Potsdamerstr. 38; Bayreutherstr. 32; Königstr. 56/57; Prinzenstr. 41; Rathenowerstr. 2; Schiffbauerdamm; Schulzendorferstr. 27; Gr. Frankfurterstr. 53; Charlottenbg., Kantstr. 34, Schöneberg, Hauptstr. 5, angen.

Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

# Berliner Tageblatt

Nr. 196
37. Jahrgang

und Handels-Zeitung.

Donnerstag
16. April 1908

**Hierzu die Illustrierte Halbwochen-Chronik „Der Welt-Spiegel" Nr. 31, sowie die Wochenbeilage „ULK" Nr. 16.**

## Zur Geschichte der Sozialdemokratie.*)

Von [Nachdruck verboten.]

**Albert Traeger,**

Mitglied des Reichstages und des Abgeordnetenhauses.

In rascher Folge ist von Eduard Bernsteins wertvollem Werk: „Die Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung", der zweite Teil: „Die Geschichte des Sozialistengesetzes in Berlin" erschienen, wiederum ein stattlicher Quartband von 359 Seiten im engsten Druck, „illustriert mit Bildern und Dokumenten aus der Zeit", Verlag: Buchhandlung Vorwärts. Mit erstaunlichem Fleiß hat der Verfasser auch hier das überreiche Material gesammelt und gesichtet und zu klarer, einheitlicher Darstellung gestaltet. Anerkennenswert ist auch das merkbare Bestreben nach ruhiger Objektivität, die gerechtfertigte Empörung lodert nur stellenweise auf. Dieses Kapitel aus der Geschichte der Arbeiterbewegung ist zugleich eines der traurigsten und lehrreichsten unserer ganzen Zeitgeschichte. Die rechtsfeindliche Brutalität jeder Ausnahmegesetzgebung, die auf Vernichtung und Unterdrückung von Parteien oder Richtungen abzielt, kann nicht eindringlicher dargelegt werden, zugleich aber auch ihre Zweckwidrigkeit, die meist den umgekehrten Erfolg herbeiführt.

Das Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie vom 21. Oktober 1878 ward zunächst vom Reichstag abgelehnt, nach der Auflösung aber von dem nachfolgenden mit einer aus Konservativen und Nationalliberalen gebildeten Mehrheit angenommen. Nur bis zum 31. März gültig, wurde es bereits am 4. Mai 1880 um dreiundeinhalbes Jahr und später noch dreimal um je zwei Jahre verlängert. Ein Meister- und Musterstück seiner Gattung. Kautschukartige, jeder Auslegung und Anwendung willig entgegenkommende Begriffe statt fester Tatbestände, Preß-, Vereins- und Versammlungsfreiheit aufgehoben. Drakonische Strafbestimmungen, im allgemeinen aber alles der Polizeiwillkür preisgegeben, die nach Bedarf und Gutdünken die Zügel straff anziehen oder lockern kann. Dazu bei „Gefahr für die öffentliche Sicherheit" die Verhängung des kleinen Belagerungszustandes mit der Ausweisungsbefugnis und Aufenthaltsbeschränkung. Als die Sozialdemokratie bei den Stadtverordnetenwahlen am 19. November 1878 zum ersten Male ernstlich, noch aber vergeblich, sich beteiligt hatte, wurde neun Tage später der kleine Belagerungszustand über Berlin verhängt und eine Massenausweisung von über einem halben Hundert Sozialdemokraten — alle, mit einer einzigen Ausnahme, Familienväter — bewirkt. Im ganzen sind, soweit sich feststellen läßt, während der Dauer des Gesetzes 294 Personen mit zusammen etwa 500 Angehörigen aus Berlin und Umgegend ausgewiesen worden. Mit hingebender Opferfreudigkeit haben die selbst hart genug bedrängten Parteigenossen die Ausgewiesenen wie deren zurückgebliebene Familien unterstützt. Aber auch in bürgerlichen Kreisen wurde vielfach das Mitleid mit dem Unwillen wach, und Männer wie Ludwig Loewe und Eduard Lasker beteiligten sich an den Sammlungen. Erst bei der Verlängerung des Gesetzes wurde nachgelassen, daß für Mitglieder der gesetzgebenden Körperschaften die Ausweisung während der Tagung an dem Ort nicht gelten sollte. So war den sozialdemokratischen Abgeordneten der Reichstag wieder geöffnet.

Dafür erhielten sie während ihres Aufenthaltes in Berlin eine Leibgarde, die jeden ihrer Schritte vom frühesten Morgen bis zur späten Nacht mit hartnäckiger Pflichttreue überwachte. Zu den widerlichsten Erscheinungen, die der Ausnahmezustand gezeitigt, zählt die Polizeispionage. Der ganze Apparat war ungemein verstärkt, die allgemeine Sicherheitspolizei um tausend Schutzleute und in noch erheblicherem Maße das Personal der politischen Polizei vermehrt worden, das sich selbst bis auf die Tribüne des Reichstags verstieg. Der Polizeistaat stand in vollster Blüte, an der Spitze der Polizeiminister v. Puttkamer, der die guten Dienste seiner „Nichtgentlemen" wohl zu würdigen wußte, wenn er auch über den moralischen Wert der Diener nicht im Zweifel war. Daß die „Spitzel" unter Umständen als „Lockspitzel" sich betätigten, versteht sich am Ende von selbst, und daß sie zur eigenen Verherrlichung häufig berichteten, was sie sehen wollten, nicht, was sie gesehen, entspricht nicht minder dem sauberen Metier.

Bald sollte die Sozialdemokratie in der Oeffentlichkeit abgelöst und mehr als ausgiebig ersetzt werden. Mit der Parole: „Juden raus!" kündigte sich Ende 1880 die wüste Agitation der Antisemiten an. Der Hofprediger Stöcker hielt die Zeit der großen „Berliner Bewegung" für gekommen, unter seinem Oberbefehl schossen dienstbeflissene Führer empor, wie Pilze aus dem Sumpfboden und sonnten in seinem Licht ihre meist dunkle Vergangenheit. In tobenden Radauversammlungen wurden Brandreden wider den Kapitalismus gehalten und eine abstoßend rohe Hetzerei und Wühlerei betrieben. Bei den Reichstagswahlen 1881 zeigte Stöcker sich geneigt, den Sozialdemokraten „zur gemeinsamen Bekämpfung des jüdischen Fortschritts die Hand zu reichen" und mit seinen Leuten in der Stichwahl für Bebel und Hasenclever zu stimmen. Ein hochoffiziöser Artikel der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" ließ erkennen, daß dieses Handelsgeschäft an hoher Stelle durchaus gebilligt werde, dort galt die „liberale Bourgeoisie" immer noch als der Hauptfeind.

Die Sozialdemokraten hielten allen Lockungen und den immer unverhüllter zutage tretenden Korruptionsversuchen stand, und der Kongreß in Kopenhagen, mit dem die Polizei genasführt worden, beschloß unerschütterliches Ausharren. Inzwischen war eine mildere Praxis in der Handhabung des Gesetzes beliebt worden. Bismarck, dem der Kampf gegen die Fortschrittspartei die Hauptsache war, wollte die Arbeiterbewegung als Kampfmittel benutzen. Am 23. April 1883 hatte Puttkamer die Auflösung der Berliner Stadtverordnetenversammlung verfügt, in der Hoffnung, mit Hilfe des rauflustigen Antisemitismus die fortschrittlich-liberale Herrschaft im roten Hause zu stürzen. Auch die Sozialdemokratie trat in die Agitation ein, und was ihr vorher stets mißlungen, unter der Herrschaft des Sozialistengesetzes gelang es ihr, die Wahl von fünf Genossen durchzusetzen, darunter Paul Singer. Fortschrittspartei und Arbeiterpartei hatten gemeinsam den Kampf gegen die antisemitische „Bürgerpartei" geführt. Bei den Stichwahlen zu den Stadtverordneten hatten die Auflösung von Arbeiterversammlungen und Beschlagnahme von Flugblättern der Arbeiterpartei wieder frisch eingesetzt, und am 5. Dezember 1883 erklärte Puttkamer im Abgeordnetenhaus gelegentlich eines fortschrittlichen Antrages auf Einführung der geheimen Stimmabgabe bei den Landtags- und Kommunalwahlen, daß er und Bismarck sich damit trügen, die geheime Abstimmung auch bei der Reichstagswahl abzuschaffen. Die nächste fand im Herbst 1884 statt; bei der Stichwahl zwischen Virchow und Stöcker stimmten die Sozialdemokraten für Virchow, während Bismarck auf eine nationalliberale Anfrage aus Frankfurt a. M. bezüglich der dortigen Stichwahl zwischen Sonnemann und Sabor die telegraphische Order erteilt hatte: „Fürst wählt Sabor". Arbeiterversammlungen, in denen gegen die Fortschrittspartei zu Felde gezogen wurde, erfuhren keinerlei Behinderung, ward dagegen die konservative Partei angegriffen, war Verbot oder Auflösung unausbleiblich. Eine offiziöse Notiz in der „Kreuzzeitung" sanktionierte dieses Verfahren. Im Reichstag war die sozialdemokratische Fraktion auf vierundzwanzig Stimmen angewachsen und zum Zünglein an der Wage geworden. Im Februar 1886 hatte Singer im Reichstag die Tätigkeit des Spitzeltums, vornehmlich des berüchtigten Ihring-Mahlow, zur Sprache gebracht, im Juli erfolgte seine Ausweisung.

Ueberhaupt wurde jetzt die schärfere Tonart wieder beliebt. So waren während des Monats Mai 1886 in Berlin 47 Versammlungen polizeilich verboten worden, elf genehmigte Versammlungen aufgelöst und fünf Vereine polizeilich geschlossen; auch waren Geheimbundsuntersuchungen an der Tagesordnung. Trotzdem vermehrten sich bei der Angstwahl 1887 — Bismarck hatte hauptsächlich gegen das Dreiblatt Richter-Windthorst-Grillenberger aufgelöst — die sozialdemokratischen Stimmen wieder ganz beträchtlich. Der beabsichtigte Gegenschlag war ein Fehlschlag. Die Anfang Januar 1888 eingebrachte Vorlage zur Verschärfung des Sozialistengesetzes, die in dem Verlust der Staatsangehörigkeit, der Expatriierung — ein Rüstzeug aus dem unseligen Kulturkampf — gipfelte, ward abgelehnt. Die nächste Wahl am 20. Februar 1890 brachte der Sozialdemokratie einen ungeahnten Triumph, sie erwies sich als die stärkste Partei der Reichshauptstadt und zog mit fünfunddreißig Vertretern in den Reichstag ein. Mitten im Wahlkampf brachte der „Reichsanzeiger" die beiden kaiserlichen Erlasse, durch welche die sozialpolitische Aera eingeleitet werden sollte. Bismarck, der im März 1890 verabschiedet wurde, erlebte noch als Reichskanzler den Fall des Sozialistengesetzes, das am 25. Februar mit 169 gegen 98 Stimmen abgelehnt wurde. Ihm lag wohl auch nichts mehr daran, es zu halten. Mit großen Festen feierten die Sozialdemokraten das Begräbnis des Gesetzes und die Rückkehr der Ausgewiesenen.

Sie hatten alle Ursache zu feiern, aus Druck und Drangsal schmählichster Art war ihnen ein Erfolg über jede Erwartung hinaus erblüht. Nach kurzem Rückgang unter den ersten Einwirkungen der Verbote war mit jeder Reichstagswahl ihre Stimmenzahl gewachsen, kurz vor dem Erlaß des Gesetzes 438,158, war sie bei der Wahl unmittelbar vor der Aufhebung auf 1,427,298 gestiegen! Besonders förderlich erwies sich dabei der Ausweisungsparagraph, der Schrecken schrecklichster, der vielfach in die Provinz tüchtige Organisatoren und Agitatoren entlieferte. Auch aus bürgerlichen Kreisen, deren Rechtssinn und Gefühl all jene Maßregeln und ihre Handhabung auf das äußerste widerstrebten, gewann die von der Glorioole des Martyriums verklärte Partei neue Anhänger, zumal geheimnisvolle Verschwörungen auf manche Naturen unwiderstehlichen Reiz üben. In das Dunkel war die Sozialdemokratie, die bisher im Lichte der Oeffentlichkeit operierte, gewaltsam gedrängt, und mit der gesteigerten Gefahr wurden die Operationen immer heimlicher und zweckdienlicher. In der bedrängten Enge blieb kein Raum für Meinungsverschiedenheiten mehr, äußere Gewalt befestigte die innere Einheit; die Sozialdemokratie wurde aber auch durch den langwierigen Kampf immer schroffer in ihrem politischen Denken und feindseliger gegen die gegebenen Verhältnisse als am Vorabend des Gesetzes, auf das der Ursprung so mancher unerfreulichen Erscheinung zurückzuführen ist. Anhänger einer Richtung zu Verschwörern und Märtyrern zu machen, ist höchst gefährlich, auch für die Gegner, die häufig bei der Wahl der Mittel das Unterscheidungsvermögen verlieren und in der Meinung, das Unrecht zu bekämpfen, selbst des Rechtes Grenzen überschreiten. Die Moral kommt hüben und drüben immer zu kurz.

Ein Bild der Vergangenheit, ein Spiegel für die Gegenwart. Die Sozialdemokratie verharrt mit trotzigen Gebärden in der Kampfstellung, vornehmlich gegen den Liberalismus, der auf neuen Wegen seinen Zielen zustrebt. Die Antisemiten sind regierungsfähig geworden, und nur bei Wahlen kommt die alte Natur noch zum Durchbruch. Manches hat sich geändert. Auch gebessert? Das eben ist die Frage.

*) Vergl. No. 316 vom 25. Juni 1907.

## Eine Unterredung mit dem Fürsten Bülow.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Rom, 15. April.

Ich hatte Gelegenheit, mit dem Reichskanzler zusammenzutreffen. Nach kurzer Unterhaltung über seinen Aufenthalt in Rom, über die Villa Malta und anderes kam das Gespräch auf die Politik, und der Kanzler sagte, er habe gestern und heute mit zahlreichen alten Freunden, wie Rubini, Luzzatti und Visconti-Venosta gesprochen. „Ueberall" — so erklärte mir Fürst Bülow — „wurde der **Ernst des orientalischen Problems** nicht verkannt, aber doch glaubt man, daß das Konzert der Mächte auch gegenüber schwerwiegenden Fragen **bestehen bleiben** werde. Man erkennt überall an, was ich in meiner Reichstagsrede andeutete, nämlich daß das Konzert der Mächte wichtiger ist als dieser oder jener Detailpunkt der inneren Reformen in Mazedonien, und man wird auch wohl Mittel und Wege finden, um das englische und das russische Projekt miteinander auszugleichen."

Bei dieser Gelegenheit möchte der Reichskanzler die Annahme gewisser Blätter berichtigen, wonach seine hinsichtlich des Orients getane Aeußerung von **„gefährlichen Projekten"** sich auf den englischen Vorschlag bezogen hätte. Fürst Bülow erklärte mir, es sei ihm niemals eingefallen, gegen den englischen Vorschlag oder gegen Sir Edward Grey zu polemisieren, sondern er habe nur ganz im allgemeinen gesagt, daß man von Deutschland keinen Enthusiasmus für Vorschläge verlangen könne, welche Gefahren in sich bergen. Heute abend gedenkt der Reichskanzler den Kardinal Rampolla zu besuchen, mit dem er seit Jahren vortreffliche Beziehungen unterhält.

* * *

## Fürst Bülow im Vatikan.

Der Inhalt des Gesprächs mit dem Papst.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Rom, 15. April

Durch die Liebenswürdigkeit unterrichteter deutscher Kreise bin ich in die Lage gesetzt, Ihnen über den Besuch des Reichskanzlers Fürsten Bülow im Vatikan einen unanfechtbaren Bericht zu senden. Vorausgeschickt sei, daß bekanntlich trotz der parlamentarischen Vorgänge die **Beziehungen** zwischen der Reichsregierung und der Kurie die besten sind. Hierfür ist die Audienz Bülows beim Papste ein neuer Beweis, denn die Unterredung hätte nicht stattgefunden, wären diese Beziehungen irgendwie getrübt.

Meine Information, daß im Gespräche die **Polenfrage** nicht berührt werden würde, hat sich vollständig bestätigt. Weder im Gespräche mit dem Papst noch in jenem mit dem Kardinal-Staatssekretär Merry del Val wurde die Polenfrage im allgemeinen oder die Frage Posen—Gnesen im besonderen erwähnt. Weder von päpstlicher noch von deutscher Seite fiel hierüber auch nur ein Wort. Der Vatikan wie die Berliner Regierung waren stillschweigend übereingekommen, diese in der Unterredung nicht anzuschlagen. (In Parenthese erklärt ich hier meine frühere Nachricht, wonach der Gesandte v. Mühlberg während seines bisherigen Römischen Aufenthalts die Polenfrage überhaupt noch nie aufs Tapet gebracht hat; ebensowenig ist dies jemals seitens der Kurie geschehen. Einmal gebrauchte im Laufe des Gespräches Kardinal Merry del Val die Interjektion: „Mais la Pologne!" Die Interjektion verhallte jedoch damals, ohne zu Erörterungen Anlaß zu geben.)